

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Wochentl. wöchentlich Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen  
vierfachjährlich 180 Pf. Einzelpreis die Befolge. Colouzelle für Arbeiter  
gleiche 75 Pf., Geschäfts- und Vertragszettel 1 M.

Eigentum des Christlichen  
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsführer Duisburg, Sennestraße 17. Heraus 636  
Sitz der Redaktion: Sonntag morgens 11 Uhr. Anfragen und Abonne-  
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Allgemeine Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 51.

Duisburg, den 22. Dezember 1917.

18. Jahrgang.

## Mehr Schutz der schwerarbeitenden Jugend!

Von einem Jugendpfleger geht uns folgendes Schreiben zu:

Von allen Seiten kommen die Klagen, daß von unserer Jugend, die an der Kriegsindustrie beschäftigt ist, zu lang dauernde und zu schwere Arbeit verlangt wird. Die Not des Vaterlandes hat am 4. August 1914 die zuständigen Stellen veranlaßt, für die Dauer des Krieges Ausnahmen von den Jugendschutzbestimmungen zu zulassen. Diese Ausnahmen haben dazu geführt, daß gesundigt worden ist, entweder Kräften unserer Jugend, daß man Baukau getrieben hat, mit der Jugendkraft, die zur Entwicklung des heranwachsenden Organismus so dringend notwendig war. Diese Ausnahmen haben unsere Jungen an Arbeiten gestellt, die eine ganze Menschenkraft erfordern. Manch junger Krieger flügt diese Ausnahmen an, weil ungewohnt und zu schwere Arbeit ihn für sein ganzes Leben verstimmt hat, und mehr als einer hat sein junges Leben im gefahrvollen Berufe lassen müssen.

Amtlich und von höchster Stelle ist die Berechtigung dieser Klagen anerkannt. Ein Rundschreiben des Reichskanzlers vom 11. August 1914 stellt einangs fest, daß „die im Reichstag und in der Presse immer wiederholten Klagen über den unzureichenden Schutz der Arbeitnehmer und Jugendlichen Arbeit nicht unbegründet sind, denn in manchen Bezirken sind von den zuständigen Behörden in so weitgehendem Maße Ausnahmen von den besonderen Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer und jugendlichen Arbeiter zugelassen worden, daß es bei nahezu allen Tagesarbeiten gleich kommt“. Den Vorfaß entsprechen bestont dann der Erlass, daß die Berechtigung so zulässig und wettbewerbsfördernd ist, daß er erlaubt, um Beendigung von Nebearbeit und Nacharbeit nur dann befürwortet werden, wenn wichtige Kriegsaufgaben nur ohne diese Nebearbeit und Nacharbeit nicht erreicht werden.“

Wie liegen nun die Verhältnisse in Wiesbaden? Die Lage z. B. in Düsseldorf wird gern beleuchtet durch eine Erhebung über die Arbeitszeit und die Unfälle bei der Arbeit, die ich bei den Mitgliedern eines kleinen katholischen Hilfsvereins veranstaltete. Bei der folgenden Zusammenstellung habe ich alle Jungen unseres Vereins umbeschäftigt gelassen, die eine Stelle haben im Handwerk beim selbständigen Meister, seien die Pausen, die Techniker und alle Schreinwerker- und Kaufmanns-Debituren. Somit liegen mir noch die Angaben von 157 Jungen vor, die in der unmittelbaren Kriegsindustrie beschäftigt sind. Diese befinden sich zum Teil im Alter von 13½-17 Jahren. 10 haben das 17. Lebensjahr in den letzten Monaten beendet. Die Arbeitszeit berechnet abgesehen der Pausen bei 104 Jungen 10 Stunden. Mehr als 10 Stunden abgesehen der Pausen arbeiten 46 Jungen. 10 von diesen befinden sich im 16. Lebensjahr, 9 sind 14 Jahre alt.

Abwechselnd Tag- und Nachschicht haben 62 Mitglieder oder 40 d. h. Von diesen sind 15 erst 14 Jahre alt, 18 sind im 16. Jahre und 29 über 16 Jahre.

Zur Sonntagarbeit werden 71 Jungen herangezogen, d. i. etwa 45 d. h. Jeden von diesen haben jeden zweiten Sonntag „Wiederholung“; 2 davon sind erst 14, 3 sind 15 Jahre alt. Weitere 13 arbeiten jeden 2. Sonntag 10 oder mehr Stunden. Diese 13 haben sie neben der Sonntagarbeit abwechselnd Tag- und Nachschicht. Von den übrigen 48 arbeiten 17 jeden 2. Sonntag und 31 jeden Sonntag, vormittags 5-7 Stunden, 45 Jungen hatten in den letzten 12 Monaten einen Unfall, also 30 d. h. Dabei wurde von kleinen Verletzungen abgesehen, sondern es wurden nur Unfälle in Betracht gezogen, die zur Heilung mindestens mehrere Wochen erforderlich waren. Ein Mitglied verlor ein Auge, einer die halbe Hand und mehrere einzelne Finger. Drei Jungen verloren in den letzten Jahren bei der Arbeit ihr Leben. Dieselben standen im Alter von 14, 15 und 16 Jahren. — Leider einen Monat später waren 22 Mitglieder, d. i. 14 d. h.

Vorliegende Zusammenstellung ist in mancher Hinsicht sehrreich. Die Arbeitszeit ist bei manchen Jungen viel zu lang, zumal bei der jetzigen Kriegszeit. Unsere schwerarbeitende junge Generation wird für ihr Leben lang an den Folgen der Kriegszeit zu tragen haben. Es werden zumeist Schwächlinge bleiben. Man sieht sich nur die fünfzehn- und Schiebzähnjährigen vom Hüttenwerk an. Schmalzangig und engbrüstig sind sie und machen fast gar nichts voran. Vor allem ist die Nachschicht und Sonntagarbeit zu verderben. Der arme Junge, der im goldenen Lebensalter mit einem herkommenden geringen

am Sonntag Morgen zur Schicht geht, ist wahrlich zu bedauern. Wie altsichtig ihm gegenüber ist der Bursch auf dem Lande, der in gesunder Luft auf sonniger, grüner Wiese zu dieser Sorge nicht kennt und sich des Lebens freut! Es muß den jungen Arbeitern seelisch niederdücken, wenn er in jungen Jahren mit solcher Stetigkeit an den sinnbetübenden Hüttenbetrieb mit seinen funkenprahlenden Hochöfen und riesenhaften Eisenmassen getötet wird.

Die Nacht- und Sonntagarbeit lassen dem jungen Organismus nicht die genügende Zeit zur Ruhe und Aufrechterhaltung der Kräfte. Die Jungs des jugendlichen Arbeiters wird im Betrieb mit allerhand giftigen Substanzen und Gasen angefüllt und da lädt Erholung in frischer Luft ihm am Sonntag dringend not. Jugendlicher Reichtum lädt vielfach die Jungen, die Nachschicht haben, den Schlaf bei Tage nicht genug nachholen. Erfahrungsgemäß kommen sie bei Tageshelle nicht leicht ins Bett und begnügen sich oft mit 4-5stündigem Schlaf.

Die Sonntagarbeit bringt ferner die der Jugend so notwendigen Idealen Güter in Gefahr. Ein Junge, der Sonntagarbeit hat, kann meistens keinen religiösen Pflichten auch bei gutem Willen nicht mehr nachkommen. Denn die Jungen, die Nachschicht haben, kommen entweder von der Nachschicht oder sie müssen am Sonntag morgen früh zur Tagesarbeit sich einfinden. Wel denen, die 5-7 Stunden zu arbeiten haben, liegt die Sonntagarbeit immer in den Vermittlungsstunden. Wo bleibt da die Zeit für den Gottesdienst? Gerade unsere Jugend hat den wohlstädtigen Charakterstärkenden Einfluß der Religion so notwendig. Welches werden aber die Folgen sein, wenn dieser Einfluß lange unterdrückt wird? Der Junge wird seiner Kirche entstremdet, gewöhnt sich später an seine religiösen Pflichten nicht mehr und hat dann selbst den größten Schaden davon. Wenn jetzt jeder gefragt wird, ob die Bezahlung an letzter Jugend, — sollte die Sonntagarbeit da nicht wohl ein gut Teil der Schuld tragen?

Vielleicht das angeführte, groll deplausibile Material

die nicht allen Gemeinschaften verantwollen, auch weiterhin der schwer arbeitenden Jugend sich handhaben zu können und sie vor Ausbeutung zu schützen. Möge es die Jugend ihrerseits doch zu wünschen, daß die Nebenarbeit und Nacharbeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter abschafft eingeschafft wird und die Unterkünfte um Bezahlung von Nebenarbeit und Nacharbeit nur dann befürwortet werden, wenn wichtige Kriegsaufgaben nur ohne diese Nebenarbeit und Nacharbeit nicht erreicht werden lassen.“

## Die Lage der Metallarbeiter in Unter- und Mittelbaben und der Pfalz.

IV.

Nicht so glänzend wie in den bisher geschätzten Betrieben waren und wurden die Sohn- und Arbeitsverhältnisse in den nachfolgenden Berichten und Orten.

Bei der Firma Roth a. Riedel wurden auf Grund von Erhebungen der Organisationen im August 1917 für Werkzeugmacher Durchschnittslöhne von 72 Pfennig bis 100 Pfennig ermittelt. Dabei ist zu beachten, daß die Durchschnitte waren und die angezeigten Stundenlöhne seit Jahren keine Erhöhung erfahren. Bei sonstigen gelernten Metallarbeitern waren die Altkordienste noch niedriger und bewegten sich zwischen 55 und 75 Pf. die Stunde. Dabei verdienten die Höchstläufe nur ein geringer Prozentsatz, der höchstgefliss 10 Prozent nicht übersteigt. Noch etwas schlechter standen die Maschinendarbeiter und Arbeitertinnen. Letztere erreichten im Durchschnitt 45 bis 55 Pf. die Stunde mit einem Prozentsatz von höchstens 7 Prozent, welche den Durchschnitten erreichten. Noch schlechter standen die Uhren für Hilfsarbeiter bei Materialtransport, an Maschinen und für sonstige Arbeitertinnen.

Die Arbeiterschaft forderte eine Lohnerhöhung von 25-50 Prozent je nach Art der Beschäftigung und bisherigen Verdienstes. Werkzeugmacher und Betriebshandwerker wurden 25 Prozent bewilligt, so daß eine Verdienstmöglichkeit von 1-1,20 Mark pro Stunde geschaffen wurde. Die übrigen gelernten Altkordiarbeiter erhielten 10-15 Prozent Zuschlag, so daß sie 90-95 Pfennig die Stunde verdienen können. Maschinendarbeiter erhielten gleichfalls 10-15 Prozent und erreichen damit obige Höhe nicht. Dagegen Maschinendarbeiterinnen, die hiermit eine Verdienstmöglichkeit von 51 bis 62 Pfennig die Stunde erlangen. Metallhilfsarbeiter, deren Lohn bisher 54-60 Pf. betrug, gingen größtenteils infolge ihrer Interessenlosigkeit und Organisationslosigkeit fast ganz leer aus.

Wenigstens bedeuten die recht dehnbarer Zusagen der Firma in Bezug auf deren Lohnverhältnisse im Allgemeinen so gut wie nichts und lassen auch in den nachfolgenden Zeheperioden fast kaum zum Ausdruck. Ob das nicht eine Lehre für diese Leute sein und ihnen die Erkenntnis bringt, daß sie an der Organisation und energetischen Vertretung ihrer Interessen nicht verheißen können? Wie werden ab. Sicherlich fühlen die Leute, daß jeder die Verhältnisse hat, welche er sich gesaffen läßt.

Die übrigen Arbeitertinnen, deren Lohn bisher 35-40 Pf. betrug, erhöhten im Verhältnis zu ihren gleichartigen männlichen Kollegen besser ab. Sie erreichten wenigstens 35 Prozent und liegen damit auf 48-55 Pfennig die

Stunde. Wenn wir noch erzählen, daß die Altkordienste für Altkordier der Erledigungsproduktion um 25 Prozent, stellte sie gehoben am 50 Prozent erhöht wurden, wird damit, sowie mit dem Gesamtergebnis der Bewegung erreicht, wie weit die Arbeiter noch von den „vielgerührten“ Phantasien entfernt sind. Ja, daß die Arbeiterschaft, will sie auch nur einen annähernden Ausgleich mit den gestiegerten Kosten für Verbesserung des notwendigen Lebensunterhalts herstellen, alle Ursache hat, geschlossen und energischer als bisher sich der Organisation anzuhören. Nur dann können die Unterlagen hierfür geschafft werden.

Das will sich ebenso die Arbeiterschaft der Firma Gebr. Sulzer in Ludwigshafen a. Rh. gesetzt sein lassen, die trotz verhältester Anstrengungen des Arbeiterausschusses kaum nennenswerte Zulagen von ihrer Betriebsleitung erlangen konnte. Allerdings ist das nicht möglich durch Liebesdienste im gelben Werkverein. Der kommt keinen Finger auch nur um einen Pfennig Mehrlohn. Mehr brauchen wir über diese Firma hier nicht zu sagen. Noch viel weniger kann die Arbeiterschaft, welche sich solcher Verhältnisse nicht zu erwehren versieht.

Daselbst trifft für die Arbeiterschaft der Firma Klein-Schanzlin und Beder in Frankenthal zu, wie überhaupt fast alle den größten Teil der Frankenthaler Metallarbeiterchaft. Nur mit dem Unterschied, daß sie zwar nicht auf die Zahne der „Gelben“ schoben, innerlich und außerlich sich größtenteils als waschechte „Genossen“ fühlen, gewerkschaftlich aber fast nicht mehr und geschiedet sich benennen wie eine in verschiedene Massen über die „Gelben“ selbst. Fast sollte man meinen, das schlechte Beispiel eines früheren „Großfürstens“ (Pfälzer Ausdruck) radikalistischer Färbung, hätte verheerend auf die Gemüter der früheren Anhänger gewirkt, zumindest dieser, die uns mitgeteilt wurde, die Stellung eines Losabreiters des deutschen Metallarbeiterverbandes mit der eines Fabrikmeisters und Werbaudienstes für den „gelben Werkverein“ der badischen Kälin- und Godesfabrik verdeckt.

Doch, das nutzt nebenselbst. Zedenfalls grenzt es an Unglaubliche, wenn man feststellen muß, daß bei der Firma Klein-Schanzlin und Beder noch Stundenlöhne und Altkordienste festgestellt wurden, die im Juli und August 1917 noch die gleiche Höhe aufzuzeigen wie vor 10 und 15 Jahren. Daß hier Besserung noi tat, hat wohl niemand den Mut zu bezweifeln, ohne bei den Unternehmen in den Bereich eines unversöhnlichen Föderates der Arbeitersforderungen zu kommen.

Wir lassen daher in knapper Darstellung die Fortschritte der Arbeiterschaft und Zusagen der Firma so folgen wie sie abteilungsgewise erfolgten. Damit wird dann auch jedem Kenner der Verhältnisse und gerechten Betreuer klar, wie gering der Prozentsatz der Leute ist, die den Höchstlohn verdienten und mit welch bescheidenen Zusagen Arbeiter sie schon zufrieden geben, wenn sie nur einzutragen sich an die Forderungen des Lebens anpassen.

Die Forderungen lauteten:

a) Die Stundenlöhne der Arbeiter werden erhöht:

Bei 100 Pf.	am 2. Pf.
99 bis 85 Pf.	3
94	4
89	5
84	6
79	7
74	8
69	9
64	10
59	11
54	12
49	13
44 Pf. u. weniger um 34 Pf.	

b) Die Erhöhung der Stundenlöhne der Arbeitertinnen beträgt die Hälfte obiger Sätze.

c) Verheiratete Arbeiter erhalten eine Teuerungsablage von 25 Prozent, ledige Arbeitertinnen eine solche von 20 Prozent berechnet nach dem Verdienst der jeweiligen letzten Bohrperiode.

Zugeschriften der Firma:

Frankenthal, 8. Juli 1917.

an den Arbeiteraussch.

Auf Ihr neuerliches Schreiben und im Rücksange zu der geistigen Verhandlung machen wir hiermit den in Betracht kommenden Arbeitern der Dreherei I, Schlosserei I, Dreherei II, Schlosserei II und Kraatzentrale folgendes Angeständnis, daß ab 1. Juli auf Widerruf in Kraft treten soll:

Ledige Arbeitertinnen und Arbeitertinnen bis zu 18 Jahren erhalten die Hälfte der geforderten Lohnzulage, jedoch keine Teuerungsablage.

Heiratete Arbeitertinnen über 18 Jahren erhalten die Hälfte der geforderten Lohnzulage und außerdem eine 10prozentige Teuerungsablage.

Ledige männliche Arbeitertinnen bis zu 18 Jahren, welche bisher keine Teuerungsablage hatten, erhalten die geforderten Lohnzulagen und außerdem 20 Prozent Teuerungsablage.

Berheiratete männliche Arbeiter erhalten die geforderte Lohnzulage und außerdem 15 Prozent Teuerungszulage bis zu einem Stundenverdienst von 70 Pf. gerechnet inl. 71 Pf.

Berheiratete männliche Arbeiter vom Stundenverdienst bis einschließlich 1 Mark erhalten die geforderte Lohnzulage von 20 Prozent, gerechnet inl. der Lohnzulage.

Berheiratete männliche Arbeiter von einem Stundenverdienst von 1,01 Mark ab bis inl. 1,20 Mark erhalten die Teuerungszulage von 20 Prozent.

Berheiratete männliche Arbeiter von einem Stundenverdienst von 1,21 Mark ab erhalten die Teuerungszulage von 20 Prozent.

Die in der Lohnperiode vom 16. Mai bis 31. Mai (ausbezahlt am 8. Juni) gewährten Lohnzulagen kommen in Abzug bezw. die neuverdienten Zulagen werden an diesem Betrag geöffnet.

Die bisher gewährten Teuerungszulagen kommen in Wegfall.

Die Gießereiarbeiter dieser Firma, welche vor allem noch unter dem veralteten Lohnsystem zu leiden hatten, aber auch am Interessenlosfesten waren, schnitten in ihrer schwerfälligen Augustbewegung noch schlechter ab. Jedoch ist die 15-prozentige Teuerungszulage und die Zusage, die vor 10 und 15 Jahren festgelegten Allordpreise von Fall zu Fall aufzubessern, so ungünstig, daß nur bessere Organisationsverhältnisse in der Zukunft hier Wandel schaffen können.

Der christliche Metallarbeiterverband ist bereit, ehrlich und energisch einzutreten, wo es fehlt. Nur lasse man den arbeitschöpfenden Parteihoch und Sonderatismus fahren und stelle sich auf den Boden wirtschaftlich partizipierter Arbeiterschaftsvertretung, dann wird es auch dort einmal besser mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen.

## Allgemeine Rundschau

### Der Kampf gegen den Kriegswucher.

findet allerlei Hemmungen. Bei den Erörterungen im Reichstag über weitere Maßnahmen zur strengeren Bestrafung des Buchers und jeder Art Preisstreicherei haben die Vertreter der Groß-Händelsinteressen bereits Bedenken erhoben und vorsichtiges Vorgehen angeraten. Die große Mehrheit des Volkes, wie auch eine große Reichstagsmehrheit wünscht aber, daß endlich Schärfe gegen den demoralisierenden Bucher vorgegangen wird. Die Regierung ist bereit, dem entgegenzuwenden und im Begriffe, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Dazu haben eine Reihe namentlich süddeutsche Preisprüfungsstellen Anträge gestellt und verlangt, daß den Preisprüfungsstellen Richter befugt und verlangt, daß den Preisprüfungsstellen richterliche Beschlüsse eingeräumt werden, damit sinnvolle und sichere Justiz an den Büchern geführt werden könnte; ein Mittel, das zweifellos außerordentlich wirksam wäre und das vor dem Juristen Abgeordneten Gröber insbesondere auch empfohlen wurde, als er die Verurteilung von Büchergängen Richtern übertragen wissen wollte.

Gegen den Vorschlag der Preisprüfungsstellen hat sich der Hansabund gewendet und verbündet nun mit Sicherheit die ihm zugewandte umfassende Mietteilung, daß die Beliegung von Strafbeschlüssen an die Preisprüfungss-

stellen nicht beabsichtigt sei. Dieser Vorgang fordert Vergleich heraus. Im Jahre 1912 verlangte der Hansabund gegenüber „Ausserordentlichen der Arbeiterbewegung“ die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens durch Kürzung von Fristen und Verminderung von Hörmitschafften; weiter eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe und des Verkehrs, gegenüber Städtegesetzen usw. Es wäre wünschenswert, daß der Hansabund gegenüber Büchergängen heute dieselbe Stellung einnähme.

\*

### Das Verhältnis von Landwirtschaft u. Industrie

wurde im Kriege recht lebhaft erörtert. Die Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie haben sich leider immer mehr verschärft. An wem die Schuld liegt, das sei jetzt nicht untersucht werden. Es gilt vor allen, die Gegensätze auszugleichen und die beiden großen Erwerbsgruppen sich wieder näher zu bringen. Diese Frage wurde auch auf dem 10. Genossenschaftstag des Reichsverbundes deutscher Konsumvereine erörtert. Es verdient festgehalten zu werden, was der Geschäftsführer Bissel aussprach. Nach der Konsumgenossenschaftlichen Praxis (Nr. 22) sagte er:

„Für die kommende Friedenszeit müssen wir nun besondere Wert darauf legen, in direkte Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu treten. Der Mann, der durch unser deutsches Volk geht: „Die Landwirtschaft, die Industrie“, die küßt, die sich durch die einleitend geschilderten üblichen Begleitercheinungen des Krieges zwischen

Landwirtschaft, Beamten- und Industriearbeiterschaft aufgetan hat, muß überdrückt werden. Stadt und Land sind bekanntlich auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Die bestehenden Gegensätze können nicht besser überwunden werden, als wenn die Genossenschaften der Konsumenten sich mit den Genossen der Landwirte die Hände reichen. Wir sind wohl alle davon überzeugt, daß es für unser ganzes nationales, soziales und politisches Leben von der allergrößten Bedeutung ist, wenn die großen Verbundungsorganisationen der groß- und Kleinstädtischen Bevölkerung mit den Organisationen der Landwirte in denkbaren Wege freie Beziehungen treten. Die heute tatsächlich bestehenden Gegensätze, deren Ursachen, wir des lieben Friedens willen nicht erörtern und untersuchen wollen, müssen beseitigt werden. Nicht allein Park und Streit der Meinungen des Alltags hindert wollen wir gleichsam von hoher Warte als Organisationen der Verbraucher der Landwirtschaft die Hände reichen. Hoffentlich finden wir bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften volles Verständnis für die Bedeutung dieser Frage. Schön jetzt, bevor die Handel und Verkehr einengenden Kriegsmaßnahmen beseitigt sind, müßten die Leiter der großen Zentral-Organisationen auf unserer und landwirtschaftlicher Seite zusammenkommen, um Mittel und Wege zu beraten, die für die zu erwartende Gemeinschaftsarbeit angemessen bzw. eingeschlagen werden müssen.“

Es scheint auch uns der geeignete Weg zu sein, daß sich die Leiter der großen Zentral-Organisationen zusammenfügen, um Mittel und Wege zu beraten, die für die zu erwartende Gemeinschaftsarbeit angemessen bzw. eingeschlagen werden müssen. Eine Gemeinschaftsarbeit nicht nur innerhalb der einzelnen Berufsklassen wird nach dem Kriege notwendig sein, sondern eine Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Berufsklassen und Bevölkerungsschichten. Nur dann wird es gelingen, die Kunden, die der Krieg geschlagen hat, zu heilen.

### Der Stahlwerks-Berband.

In der Sammlung „Deutsche Handels- und Industriestadt“ wird auch großflächig die Stadt Düsseldorf mit Industrie, Handel, sozialen Einrichtungen behandelt. Über den Stahlwerksverband berichtet Dr. Schornes, in einem Aufsatz, der trotz des einseitigen Standpunktes manches Riffelwerte enthält.

Wer vor dem wichtigen, mit höher sich aus dem zugenden Nach bis zum Tore emporsteigenden Geschäftszentrum des Stahlwerks-Berbandes, dem Stahlhof, sieht, wird unwillkürlich den Einbruck gewinnen, daß hier zeigt wird, wie man mächtige, zu seitenverschiebende Kräfte zu einer einheitlichen Struktur zusammenfaßt. Es sind dann auch mächtige Kräfte, welche die deutsche Eisenindustrie im Glanz darstellen. Sie bitten aber für sich selbst und für die Gesamtwirtschaft nur regenreich und gewinnbringend, wenn neben der jenen Erwerbsarbeiter zuwendigen Selbstsicht, eine hochentwickelte Selbstsicht steht, welche den Verbandsgedanken über das Eigentum eben zu stellen vermag. Die deutsche Eisenindustrie würde nicht ihre hohe Stellung im Weltmarkt der Stölzer erreicht haben, wenn sie sich nicht in Verbänden zusammengefaßt und den Stahl aller gegen alle benötigte zu einem großen Teile unter den Eisen- und Stahlwerken ausgeteilt hätte.

Einige wenige Zeilen mögen die glänzende Entwicklung der deutschen Eisenindustrie veranschaulichen.

Ihre Rohstoffversorgung betrug seit der 1879 zusammen mit der Staffierung des Thunerberghangs eingetragenen Schmelzhofen

2 226 587 Ta. und 115 kg auf  
19 309 172 Ta. im Jahre 1913.

Die Stahlversorgung war von 478 000 Ta. im Jahre 1879 auf 18 935 089 Ta. im Jahre 1913 gestiegen.

Demgegenüber wurden in England hergestellt im Jahre 1913

an Hoboken 10 479 171 Ta.  
an Sheffield 7 063 576 Ta.

Sie über Deutschland hinaus England nicht bloß in der Eisen- und Stahlherstellung überholt hatte, so vor allem auch in der Eisen-Ausfuhr. England hat keine Rivalen. Die Marktanteile der ganzen Welt zu sein, erfolgreich besetzt; und die gewaltige Stahlherstellung des früheren Staates war denn auch für England mit einer der Hauptanliegen des Politikus, zudem es mit allen nur denkbaren handelspolitischen Eisen und Stahl, was dem Lande in der Schweiz angegangen war, in den Ausführungen gerade für deutsche Spalte als Bedingung für die britische Anerkennung, des britischen Weltmarktes nicht hatte gereichen kann.

Der lang andauernde Krieg aller technischen und organisatorischen Risse war es der deutschen Eisenindustrie überaus ungünstig gewesen, den Weltmarkt auf dem Welt-

markt erfolgreich zu besiegen. Belgien z. B. führte 75 Prozent seiner Eisenproduktion aus; und gerade der belgische Weltmarkt war so sogar, weil es gegen Deutschland in seinen wesentlich niedrigeren Gefeihrungsosten einen großen Vorsprung hatte. Die Löhne und sozialen Kosten waren in Belgien um rund 30 Proz. niedriger. Auch England, wo Kohle und Erze nahe zusammenliegen oder durch billige Seeschiffe leicht zusammengebracht werden können, hatte billigere Selbstkosten als Deutschland. Von Amerika aber drohte bei jener alle anderen Länder weit überholenden Eisenherstellung in Zeiten dorthin jenseitigen Geschäftsganges fast die Gefahr eines tödlichlosen Dumpings, d. h. einer Überlastung ihrer Nebenproduktion auf dem Weltmarkt, die nur so weit zu führen war, als sie in dem Stielengebiete des Steel Trust eine zielbewußte Führung und gewaltige Stahlkraft besitzt.

Gegen die Rüstung und Verhältnisse hätten die britischen Stahlwerke auf die Dauer vereinzelt nicht ankommen können. Die sie sich schon früher, besonders seit der Anfang des neuen Jahrhunderts erfolgten Neugründung der großen südbritischen Stahlwerke für das Land zu Betriebsvereinigungen zusammengezogen, so wurde 1901 mit deren Vereinigung im Stahlwerks-Berband auch für das Industriegebiet der Berlans von Hallzeng, Fermeisen und Eisenbahn-Uberbaumatérial fusioniert. Damit wurde der bisherigen Verhältnisierung des deutschen Eisens auf den Weltmarkt für die sogenannten U-Produkte, d. h. für die vom Stahlwerks-Berband zu verlegenden, oben genannten Gütern ein Ziel gesetzt — ein Ziel, das zweifellos auch im Interesse der deutschen Gesamtindustrie lag.

Die Unterwerfung der deutschen Eisenfahrt war unseres Vaterland in dem jetzigen großen Weltkrieg von allergrößtem Nutzen. Es wurde im Kriege zuletzt 48-50 Proz. der britischen Eisenproduktion ausgeführt. Deutschland hatte also bei Kriegsbeginn Einschätzungen zur Verfügung, welche das Doppelte seines gewöhnlichen Friedensbedarfs an Eisen- und Stahlwaren benötigen könnten. So hatten wir sofort einen großen Vorsprung vor England, das nach der durch unsferen Feind verlegten und massiven Eisenindustrie ohne die amerikanischen Mainlandserzeugungen den Krieg nicht hätte lange fortsetzen können.

Wenn schon hat dem Kriege es als Krieger galt, daß jedes „E. I.“, welches sich in der Welt als Nation auf die ganze Welt hinzuprägt, dazu als erste Voraussetzung eine leistungsfähige Eisenindustrie benötigt. Es wird doch für die Zukunft ein reich antreten. Die Bedeutung der Eisenindustrie für Deutschland erübrigkt hier darüber nicht in den Hintergrund der in ihr tätigen Arbeiter — vor dem Kriege brachte dieser Beruf in seinem Gesamtbereich zusammengefaßten Werk in ihren gesamten Betrieben ca. 400 000 Arbeiter mit einer Gehaltsreihe von rund 500 000 000 Mark — was das in ihnen unbekünte Produkt von rund 3 600 000 000 Mark steht ja in einem Verhältnis zu den

### Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, ist für Sonntag, den 23. Dezember der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23.-23. Dezember fällig.

Mit Jahreschluss werden wieder, wie in früheren Jahren, neue Beitragsmarken in einer anderen Farbe ausgegeben. Am 1. Januar dürfen dann nur noch diese neuen Marken gelöst werden. Da gleichzeitig am Jahreschluss auch die Vertrauensmänner mit ihrem Markenbestand abrechnen müssen, ist es unumgänglich notwendig, daß alle Mitglieder mit ihrem Beitrag auf dem Laufenden sind. Es darf am Jahreschluss keine Rückstände mehr geben. Da dann nur noch neue Marken im Verkauf sind, müssen etwaige Rückstände auch mit neuen Marken quittiert werden, so daß sich solche Mitglieder selbst als fähige Zahler — auch in Unterstützungsällen durch ihr eigenes Mitgliedsbuch ausweisen. Das wird aber kein Gewerkschaftsleiter wollen. Im eigenen Interesse der Kollegen und im Hinblick auf die Durchführung einer geordneten Jahresabrechnung darf deshalb wohl von allen Mitgliedern eine pünktliche Beitragsleistung erwartet werden.

### Krankenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karrenzeit wird nicht für die vorliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Die Verhandlungen des Deutschen Arbeiterkongresses werden demnächst im Druck erscheinen. Vorstehend kommen einige von den Vorträgen im Sonderkongress heraus. Als erste Broschüre sind der Vortrag von Generalsekretär Stegerwald unter dem Titel „Arbeiterkampf und Kriegsentwicklung“ und das Referat vom Kollegen Goed „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die Lebensfragen in Volk und Reich“ beide erschienen und zum Preise von 20 Pf. von unserer Hauptgeschäftsstelle, Duisburg, Seitenstraße 17, zu beziehen.

### Aus dem Verbandsgebiet

Scham. Am Sonntag, 2. Dezember, war einmal für die Bochumer Gefällen des christlichen Metallarbeiterverbandes für einige Stunden der Niemen dor. der Welle geworfen; die Drehöpfe standen still, Hammer und Säge ruhten in der Ede und die Augen starrten nicht mehr in die Flammen der Bogenlampe an der Saaldecke. Sie mußten sich alle wieder erst daran gewöhnen, ein paar Stunden lang auf einem Stuhl zu sitzen und nichts, rein gar nichts

Milliarden, die unser Volk wahrscheinlich ohne eine leistungsfähige Eisenindustrie verloren hätte und die jetzt überhaupt auf dem Spiele stehen.

Darum wird es das stete Bestreben unserer Ingenieure sein müssen, wie bisher die ersten der Welt zu sein. Zur größtmöglichen Kaufmännischen Ausnutzung ihrer technischen Erfolge aber wird die bisher in der Eisenindustrie wenigstens bewährte deutsche Kunst der freiwilligen Organisation erst recht in der Zukunft ihr nötig sein. Denn hat schon in der Vergangenheit sich unsere Eisenindustrie gegen eine Welt von Reid und Mithrgut durchsetzen müssen, so werden wir später vielleicht noch lange Zeit mit dem oft und deutlich genug erklärten Wirtschaftskrieg unserer heutigen Feinde zu rechnen haben.

Wie sich die Dinge auf dem Weltmarkt voranschreiten werden, ist allerdings schwer vorauszusehen. Sie kann an sich wegen der Höhe ihrer Produktionskosten nicht leichte Stellung der deutschen Eisenindustrie im Weltmarkt mit der englischen und amerikanischen Eisenindustrie erlangen, sofern sie in der Vergangenheit sich unsere Eisenindustrie gegen eine Welt von Reid und Mithrgut durchsetzen kann, so werden wir später vielleicht noch lange Zeit mit dem oft und deutlich genug erklärten Wirtschaftskrieg unserer heutigen Feinde zu rechnen haben.

Wie sich die Dinge auf dem Weltmarkt voranschreiten werden, ist allerdings schwer vorauszusehen. Sie kann an sich wegen der Höhe ihrer Produktionskosten nicht leichte Stellung der deutschen Eisenindustrie im Weltmarkt mit der englischen und amerikanischen Eisenindustrie erlangen, sofern sie in der Vergangenheit sich unsere Eisenindustrie gegen eine Welt von Reid und Mithrgut durchsetzen kann, so werden wir später vielleicht noch lange Zeit mit dem oft und deutlich genug erklärten Wirtschaftskrieg unserer heutigen Feinde zu rechnen haben.

Die Werk werden eben, später noch mehr als früher, wie alles Starke und Mächtige in der Welt, immer mit Reid und Underland, mit Hoh und Verfolgung im Ausland wie im Inlande rechnen müssen. Auch das wird zur Bereinigung der ihrem reißenden Zusammenschluß widerstrebenden Kräfte, eigener wie fremder, beitragen, im Sinne des im Bogen des Hauptangebotes von Baurat Städte, dem Gründer des Stahlhauses, eingeschriebenen alten Werkprinzipes: „Wo wie ich hop hem stahn, hat uns noch Raum und Platz.“

Dieser alte Satz gilt aber auch besonders für unsere Metallarbeiterkraft. Will sie ihre Rechte gegen diese Kräfte in der Eisenindustrie mit Erfolg verteidigen, dann muß sie auch „so hop stahn“, das heißt, sie muß sich organisieren,

ten zu brauchen als zu hören, was man ihnen in Schönem und Gute und Großem bot.

Um Vorstandtsliste lag ein Vertreter des Generalkommandos, Rechtsanwalt Kempf, Stadtrat Stumpf als Vertreter der Stadtverwaltung (Oberbürgermeister Graß war durch Familientreuer verhindert), Justizrat Dieckamp und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, inmitten der Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Der Abend verlief in einer Weise, die nach jeder Richtung lehrreich war für den Hochstand der kulturellen Entwicklung bei unserer Arbeiterschaft wie für den fernhaften, kraftbewussten und echt vaterländischen Geist, der in ihnen lebt. Das Wort vom „intelligenten Industriearbeiter“ trifft das Richtige nicht. Das ist keine Arbeiterschaft, die lediglich in dem gebräuchlichen Sinne intelligent ist, mit hellem Verstand durchs Leben geht und sich die erreichbaren Bildungswerte angeeignet hat; eine Arbeiterschaft vielmehr, die nach Form und Art ihrer Lebensäußerungen keinen Vergleich zu scheuen hat mit irgendeinem Berufsstande, wer er auch sei.

Der Abend begann mit Vorträgen des Gesangchors der Verwaltungsstelle Essen, eines Chors, der an Glanz und Pracht der Stimmen, an blühender Schönheit und gleichmäßiger Durchbildung des Klangkörpers und an Eleganz des Vortrages mit den besten unserer über dem Durchschnitt stehenden Männergesangvereine in sieghaftem Konkurrenz treten kann. Bei dem ausnehmend schönen, metallreichen (ein billiges Vorbild lädt sich nur mühsam unterdrücken) und harmonisch rein abgestimmten Material mitsingen dem Chor bei einem Aufstehen vor breiterer Öffentlichkeit mühslose Erfolge beschieden sein. Er erfreute die Zuhörer mit einer reichen Fülle schönster Gaben, die mit freudiger Dankbarkeit aufgenommen wurden. Als Leiter des Abends begrüßte der Vorsitzende der hiesigen Verwaltungsstelle, Stadtverordneter Arbeitersekretär Gilling die Ehrengäste und Teilnehmer. Der Vertreter des Generalkommandos, Rechtsanwalt Kempf, dankte in herzlichen Worten für die Einladung. Der Volksabend des christlichen Metallarbeiterverbandes trage in besonderem Maße dazu bei, den vaterländischen Geist zu weden und zu heben. Gewiß sei es schwer, was der Arbeiter habe erleiden müssen, vor allem der Kriegsarbeiter, aber Abende wie der heutige tragen viel dazu bei, um die Seelen zu entlasten von allem, was hört und quälen auf ihnen lag. Und wenn wir an die Ereignisse der letzten Tage denken, dann wird es nicht schwer halten, den alten Geist wieder hell auszulösen zu lassen und durchzuhalten bis zum siegreichen Ende, getreu dem Worte Heinrichs Versch: „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen.“ — Stadtrat Stumpf wies in seiner Begrüßungsansprache ebensfalls auf die hohen Werte derartiger Volksabende hin. Man wisse aus seiner öffentlichen Tätigkeit, daß sein Streben in besonderem Maße der Pflege guter Volkskunst gewidmet sei. Es habe schwere Anstrengungen gegeben, der Kunstdichtung in Bochum die Wege zu ebnen, aber man dürfe glauben, daß es auch hier zu Beginn beginnt. Er werde in jeder Weise bestrebt sein, Darbietungen vollständlicher Kunst zu fördern und zu unterstützen und hoffe, daß dem heutigen Abend noch recht viele gleichartige folgen werden.

Als Mittelpunkt des Abends war Heinrich Versch gedacht gewesen, der eine Anzahl seiner weithin berühmt gewordenen Kriegsdichtungen hatte vortragen wollen. Zu allgemeinem Bedauern hörte man, daß er wegen plötzlicher Erkrankung nicht erscheinen konnte. In dankenswerter Weise übernahm es Oberlehrer Nodé, den Charakter des Abends zu wahren und Heinrichs Versch einzügigen Dichtergeist zu den Zuhörern sprechen zu lassen. Er begann mit dem berühmtesten seiner Gedichte, dem in den ersten Tagen des Krieges entstandenen „Soldatenabschied“ („Läßt mich gehen, Mutter, lass mich gehen“), einem Gedicht, das seiner unvergleichlich schlichten Schönheit und padgenden Kraft wegen im deutschen Volke fortleben wird, solange man von dem Weltkrieg erzählt. Noch eine ganze Anzahl von Dichtungen Heinrichs gab er im Laufe des Abends in schöner und klarer Ausdrucksform wieder und vermittelte den Zuhörern einen Einblick in die Gemütsstiefe und die staunenswerte geniale Begabung des Dichters im Arbeiterkittel, für den es Krieg werden mußte, damit das deutsche Volk ihn kennen lernte. Nach klassischer Schönheit und genussreichen Musikkortesien der Herren Diermann und Busch sprach Bezirksleiter Hirschfeld (Essen) in außerst wirkungsvollem Vortrag über den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation im allgemeinen und die Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes im besonderen. Er stützte zunächst die von Stegerwald auf dem Berliner Kongress formulierten programmatischen Forderungen nach Vereinigung der Kaiserlichen Osterbotsschaft und völliger politischer Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit den übrigen Städten, Abschaffung des Par. 153 R.-G.-D., Schaffung von Arbeitskammern und bessere Regelung der Volksversorgung. Da alle Bemühungen der Arbeiterschaft nach Erlangung einer erträglichen Preisentwicklung gescheitert seien, bleibe nur noch der Weg, durch höhere Löhne dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft zu den heutigen Preisen ihren Lebensunterhalt decken kann. Wohlhaben Arbeitgeber und Arbeitnehmern müsse ein besseres Verhältnis geschaffen werden; die Arbeitgeber müßten endlich einschauen, daß man im vierten Kriegswinter mit den Arbeitern nicht nach dem bisher gebräuchlichen Rezept vorgehen könne. Die Erzeugung des Heeresbedarfs müsse unter allen Umständen sicher gestellt werden. Welche Massen an Munition die modernen Materialschlachten verschlingen, gehe daraus herbor, doch in der Sommenschlacht, an der der Redner selbst teilgenommen hat, von den Engländern in einer Woche soviel Munition verfeuert wurde, wie in den vorhergegangenen 11 Kriegsmonaten). Zur Sicherstellung des Heeresbedarfs gehöre aber auch, zu berücksichtigen, daß der Arbeiter infolge ungenügender Ernährung krank seiern müsse. Mit treffenden Ausführungen widerlegte der Redner die törichte Phrase, daß der Krieg „für das Kapital“ geführt werde und wies nach, aus welchen Gründen die Arbeiterschaft ein genau so großes Interesse an einer siegreichen Durchführung habe wie jeder andere Berufs- und Erwerbsstand. Frei von jeder Überhebung, in schlichter und markiger Form vertrat der Redner die Forderung der deutschen Arbeiterschaft nach vollberechtigter Eingliederung in den Organismus des deutschen Staats- und Wirtschaftslebens und schloß mit dem Gelübde treuer, resoluter Pflichterfüllung bis zum glücklichen Ende. — Mit lautloser Aufmerksamkeit waren die Fahnder seinen Ausführungen gefolgt; der mächtige Beifall sprach für den starkenindruck, den sie hinterlassen hatten. Nach einigen weiteren Musik- und Chorvorträgen hatte der

eindrucksvoll verlaufene Abend sein Ende erreicht. Er stellte dem Geiste, der im christlichen Metallarbeiterverbande lebt, nach jeder Richtung das beste Zeugnis aus und wie Stadtrat Stumpf in seiner Begrüßungsansprache mit Recht hervor hob, kann man nur den Wunsch hegen, daß diesem Abend noch viele andere gleiche Art folgen mögen.

\*

Auentingen (Bohringen). In der letzten sehr gut besuchten Versammlung unseres christl. Metallarbeiter-Verbandes, in welcher Kollege Bezirksleiter Bäker (Saarbrücken) einen Vortrag über den deutschen Arbeitersongkreis hielt, wurde auch die Lebensmittelversorgung in der Gemeinde Alsbüdingen beraten. Es wurden bittere Klagen darüber geführt, daß die rationierten Lebensmittel für die 6000 Einwohner der Gemeinde Alsbüdingen nur in einem Geschäft und zwar in dem Hüttenforschungsgeschäft verteilt werden. Stundenslang müssen die Frauen und Kinder öfters stehen, bis sie ihre Lebensmittel erhalten können. Die Bewohner der Wiedelschen Kolonie müssen einen sehr weiten Weg zurücklegen bis zur Lebensmittelverteilungsstelle. Den Arbeitern wurde zugemutet, zu jedem Rentner Kartoffel auch einen Rentner Kohlraben zu kaufen. Einem gleichen Anfang wurden die Bürger der Gemeinde Alsbüdingen unterworfen. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Verfügung des Kriegsnahrungsmates besteht, wonach der Groß- und Kleinhandel bei der Lebensmittelverteilung berücksichtigt werden soll. Nach einer anderen Anweisung ist es unstatthaft, die Abgabe von Lebensmittel von den zwangsweisen Käufen anderer Lebensmittel abhängig zu machen. Die Interessenten des Hüttenforschungsgeschäfts können nicht verlangen, daß ihre Interessen über die Interessen der Allgemeinheit gehen. Die Arbeitersfrauen haben keine Zeit, um stundenslang auf die Lebensmittel zu warten. Hunderte von Arbeitsstunden gehen so verloren. Es sind Geschäfte und Mehlgereten genug da, die bei der Verteilung mitwirken können. Wir Arbeiter haben keine Interessen daran, daß der Mittelstand, in diesem Falle die kleinen Geschäftsführer, zu Grunde gehen.

Einstimmig wurde der Beschuß gefasst, die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes möge die Beschwerden noch einmal der zuständigen Kreisdirektion unterbreiten, falls dann keine Abhilfe geschaffen wird, sollen höhere Stellen angerufen werden.

\*

Danzig. Die immer mehr steigenden Preise für Lebensmittel und Bedarf brügeln es mit sich, daß die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen gestrigert werden müssen. Besonders in jenen Orten, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen noch mit geringen Löhnen sich abfinden müssen, ist eine größere Steigerung der Löhne notwendig. In Danzig und Elbing sind es gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seeschiffswerft Schichau, die über geringe Löhne klagen. Schon im Frieden sahen wir diese Arbeitskollegen in einem Kampf stehen, der 21—25 Wochen hintereinander dauerte. Um 2—3 Pf. Stundenlöhner erhöhung zu erreichen, müssen 3000 Arbeiter 21—25 Wochen streiken. Wieviel Nationalvermögen ging in dieser Zeit verloren. Hat die Firma Schichau, Inhaber jetzt Herr Geheimrat Blaß zu Elbing und Herr Carlson zu Danzig in dieser Krisezeit nichts gelernt? Hass scheint es so, wenn man den Gang der letzten Lohnbewegung miterlebt hat. Die zurzeit bezahlten Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schichau genügen nicht, um die Lebensmittel, die jeder auf seine Lebensmittelkarte zugestellt erhält, zu kaufen. Nach einwandfreier Feststellung bedarf eine einzelne Person pro Tag 7,49 Mark Einnahme, um diese rationierten Lebensmittel und Bedarfssortikel kaufen zu können. Hinzu kommt aber, daß bei Schichau nicht nur unverheiratete Personen arbeiten, sondern auch Familienräte mit 3—7 Kindern. Um einen Ausoleich in Einnahme und Ausgabe bei den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Schichau zu schaffen, wurde im September 1917 der Firma Schichau folgende Lohnforderung überreicht.

1. Umrechnung aller bisherigen Wochenlöhne in Stundenlöhne, mit einem Aufschlag von 20 Pf. pro Stunde. Der hierauf sich ergebende Stundenlohn ist jedem Arbeiter auf den Lohnzetteln zu vermerken.
2. Regulierung der Ullordpreise in der Weise, daß ein Arbeiter von durchschnittlicher Leistungsfähigkeit mindestens 1,20 Mark pro Stunde verdient. Bei Schichau ist sämtlichen am Ullord beteiligten Arbeitern der vereinbarte Ullordlohn bei Beginn der Arbeit durch Ullordzettel bekannt zu geben.
3. Die Löhne der dauernd in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter sind so zu erhöhen, daß sie mindestens 90 Prozent des Ullordverdienstes der gleichen Branche betragen.
4. Die gegenwärtig gewöhnliche Teuerungszulage in allen Arbeitern, mit Einschluß der zur Arbeit Abkommandierten bzw. Beurlaubten, deren Familien außerhalb Danzigs wohnen, in derselben Höhe zu zahlen, in welcher sie den Einheimischen gezahlt wird. Die Familienzulage von 2 Mark pro Tag ist allen Beurlaubten oder Abkommandierten mit doppeltem Haushalt weiter zu zahlen.

Bei der Firma Schichau besteht anzelt noch kein Arbeiterausschuß nach dem vaterländischen Hilfsdienstgesetz. In einer Betriebsversammlung am 12. September d. J. wurde eine fünfzehnköpfige Kommission gewählt, um der Firma Schichau diese Forderung der gesamten Arbeiterschaft zu unterbreiten. Die Firma Schichau lehnte eine Verhandlung mit der gewählten Kommission ab, indem der Vertreter erklärte: „Heute kommen diese Arbeiter und geben an, als Beauftragte der Belegschaft zu kommen, morgen kommen die Nienwärter oder Nienlangen und alle erklären im Auftrage der Arbeiter zu kommen. Der Krankenfassenvorstand soll die Forderungen überreichen, weil nach Meinung der Firma der Vorstand der Betriebskrankenfasse der im Jahre 1913 nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung gewählt wurde, der Arbeiterausschuß sei. Nach einer Verfügung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. Januar 1917 ist dies jedoch nur dann der Fall, wenn der gesamte Arbeiterschaft sowohl, wie auch dem Vorstande der Betriebskrankenfasse vor dem 6. Dezember 1918 durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht worden ist, daß der Krankenfassenvorstand des Betriebes, Arbeiterausschuß im Sinne des vaterländischen Hilfsdienstes sein soll. Dieses ist bei der Firma Schichau in Danzig nicht geschehen, mithin besteht ein Arbeiterausschuß im Sinne des Par. 11 des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes nicht. Ein Antrag des Schlichtungsausschusses in Danzig ging an den Kollegen S. vom christlichen Metallarbeiterverband am 23. September d. J. folgendes Schreiben ein:

..... Die von Ihnen und vier weiteren Arbeitern der Firma Schichau unter dem 13. d. Wts. eingereichte Eingabe betr. Lohnstreitigkeiten wird hiermit den Eltern zurückergeben mit dem Bemerk, daß nach den von der Kriegsamtstelle angestellten Ermittlungen die sogenannte „Lohnkommission“, deren Mitglieder die Unternehmer der Eingabe sind, nicht zur Vertretung der Arbeiterschaft der Firma F. Schichau berechtigt ist. Vielmehr ist der Vorstand der Krankenfassenvorstand als zum zuständigen Arbeiterausschuß bestellt anzusehen, da er nach dem Gutachten der Fgl. Gewerbeinspektion dauernd bei Lohnstreitigkeiten von den Arbeitern als Sprachrohr gegenüber dem Arbeitgeber benutzt und von ihnen ausdrücklich als ständiger Arbeiterausschuß für die Firma Schichau nach Par. 124 h. der Gewerbeordnung bestand, erfüllt sich die Errichtung eines Arbeiterausschusses gemäß Par. 11 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 16.

Also nur der Krankenfassenvorstand als ständiger Arbeiterausschuß ist befugt, mit dem Arbeitgeber wegen der Lohnstreitigkeiten zu unterhandeln und, falls dies zu keinem Resultat führen sollte, sich gemäß Par. 13 h. D. G. an den Schlichtungsausschuß als die zuständige Schlichtungsstelle zu wenden.“

Dr. Matthes. Nach dieser Entscheidung wurde notgedrungen in einer Vertrauensmännerstung am 28. September d. J. der Krankenfassenvorstand der Betriebskrankenfassenvorstand Schichau beauftragt, in dieser Angelegenheit mit der Direktion der Firma zu verhandeln. Am 29. September überreichte dann der Krankenfassenvorstand der Firma Schichau die obengenannten Forderungen. Auf eine Verhandlung ließ sich die Direktion auch mit dem Krankenfassenvorstand nicht ein. Die Direktion erklärte: Es müssen zunächst die Verhandlungen der Nordseeschiffswerften abgeschlossen sein, um dann zu den eingereichten Lohnforderungen Stellung nehmen zu können. Am 23. Oktober senden endlich die ersten Verhandlungen mit dem Krankenfassenvorstand und der Firma Schichau zu Danzig statt.

Herr Direktor Carlson zu Danzig erklärte

..... es sei ihm nicht möglich, die ihm am 29. September vom Ausschuß (Krankenfassenvorstand) unterbreiteten Forderungen der Arbeiter zu billigen. Er sei jedoch bereit, noch eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage einzutreten zu lassen und zwar vom 18. Oktober ab pro Lohnung (Wochenperiode vierzehn Tage):  
a) für verheiratete einheimische Arbeiter 25 Mark, seit 1. 1. 18 26,50 Mark. Außerdem für jedes Kind wie bisher 4 Mark.  
b) Militärvorläufer, wenn bereits die Familienzulage erhalten, 20 Mark, seither 15 Mark, vom 1. 1. 18 21 Mark.  
c) Unverheiratete Arbeiter über 18 Jahre 19 Mark, seither 15 Mark, vom 1. 1. 18 20 Mark.  
d) Lehrlinge, jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 10 Mark, seither 8 Mark, vom 1. 1. 18 11 Mark.  
e) Arbeiterinnen über 18 Jahre 11 Mark, früher 9 Mark, 1. 1. 18 12 Mark.  
f) Arbeiterinnen unter 18 Jahre 8 Mark, seither 6 Mark, vom 1. 1. 18 9 Mark.

Mit diesen Zugeständnissen haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schichau zu Elbing einverstanden erklärt und ist die Lohnbewegung für Schichau, Elbing, als erledigt zu betrachten.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schichau zu Danzig erklärten in einer Betriebsversammlung, die am 28. Oktober d. J. stattfand, sich mit diesen Zugeständnissen nicht zufrieden zu geben. Das Ergebnis der Betriebsversammlung war folgende Entschließung:

..... die am Sonntag, den 28. Oktober im Polizei-Kathäuserstraße 27 tagende, überfüllte, öffentliche Betriebsversammlung der Arbeiterschaft der Firma F. Schichau, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Vorstandes der Betriebskrankenfassenvorstand über die Lohnneingabe vom 29. September und gibt ihrem Bestreben Ausdruck über die geringen Zugeständnisse, die mit der hiesischen Lenerung nicht im Mindesten in Einklang zu bringen sind. Besonders aber, daß die Lohnneingabe nicht als Grundlage der Verhandlungen durch die Firma betrachtet wurde. Die Versammlung beauftragt daher den Krankenfassenvorstand, unverzüglich den Schlichtungsausschuh in Danzig zur Entscheidung in diesen Lohnstreitigkeiten, wie sie auf Grund der Lohnneingabe vom 29. September entstanden sind, einzutreten.

Am 31. Oktober d. J. lief der Krankenfassenvorstand in dieser Angelegenheit den Schlichtungsausschuh an und übertrug die Vertretung den Gewerkschaftsvertretern Galowksi (christl. Metall-Verband), Kühnholz (Stettin) und Arczynski (Danzig) vom D. M.-B., Krüger (Holzarb.-Verband), Käbe (Kupferschmiedeverband), Borrath (H.-D.).

Zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuh am 9. November waren die Organisationsvertreter nicht gesessen, sondern nur der Krankenfassenvorstand. Als Vertreter der Arbeiterschaft waren trotzdem erschienen der Kollege Galowksi (christl. Metall-Verband), Arczynski (D. M.-B.), Käbe (Kupferschmiede), Jacobell (Maschinen-Verband). Der Vorsteher des Schlichtungsausschusses ließ die mit Vollmacht versehenen Vertreter der Organisation nicht zu, sondern erklärte: „nur mit dem Krankenfassenvorstand als den Vertretern der Schichauarbeiter zu verhandeln. Ein Organisationsvertreter sollte jedoch zugelassen werden. Die Vertreter und der Krankenfassenvorstand verlangten dann, die in Danzig ansässigen Gewerkschaftsvertreter zugelassen. Der Vorsteher des Schlichtungsausschusses lehnte auch dieses ab, mithin verzichteten die Vertreter sowohl wie auch der Krankenfassenvorstand, daß ein Gewerkschaftsvertreter an der Verhandlung teilnehme. Der Vertreter der Firma erklärte bei dieser Versammlung, keine Vollmacht zu haben, größere Zugeständnisse machen zu können, als die bereits für Elbing erwirkte Teuerungszulage. Unter diesen Umständen wurde die Verhandlung vertagt.

Am 10. November sond dann eine Betriebsversammlung statt, in der folgende Entschließung einstimmig angenommen wurde:

..... Die am 10. November im Polizei vom Schmidtke, Schichausse 6, tagende, überfüllte Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma F. Schichau, nimmt Kenntnis von den resultlosen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuh in Sachen der Lohnstreitigkeiten und erklärt zu wiederholtem Male, daß sie den Vorstand der Betriebskrankenfassenvorstand als Arbeiterausschuß nach dem Hilfsdienstgesetz nicht betrachtet und infolgedessen die Gewerkschaftsvertreter

Krejznak, Krüger und Galkowski mit der Vertretung vor dem Schlichtungsausschuss beauftragt."

Gleichzeitig wurden dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Listen überreicht mit 1700 Unterschriften, worin verlangt wurde, daß die Organisationsvertreter Galkowski (Chr.-M.-B.), Arczynski (D. M.-B.) und Krüger (Holzbar.) zu der nächsten Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss als die Vertreter der Arbeiterschaft der Firma Schichau zugelassen würden. Am 13. November fand eine Aussprache der benannten Organisationsvertreter mit dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses statt und wurde hierbei erreicht, daß Galkowski und Arczynski für die auf Wunsch der Firma aus dem 23. November vertagten Verhandlungen als Vertreter zugelassen wurden.

Bei der Verhandlung am 23. November waren außer den beiden Organisationsvertretern nur drei Mitglieder des Vorstandes der Betriebskantone (vorher sieben) geladen und erschienen. Die beiden Gelehrten waren nicht geladen. Bei der Verhandlung wurde Kenntnis genommen von einem längeren Schreiben der Firma Schichau an den Schlichtungsausschuss, in dem hervorgehoben wurde, daß die Firma nicht in der Lage sei, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Dieses seien auch nicht die Forderungen der Arbeiter und Arbeitnehmer, sondern der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsvertreter vertraten nur Heßarhett, damit die gesunkenen Mitgliederzahlen wieder gehoben werden. Herr Direktor Grube wollte diesem Schreiben noch besonderes Nachdruck verleihen, indem er hervorthob, daß durch diearbeit der englischen Gewerkschaften der Zusammenbruch der englischen Industrieherrschaft auf dem Weltmarkt herbeigeführt sei!

Gegen diese Ausführungen der Firma und ihres Vertreters wandten sich mit gutem Rechte die Gewerkschaftsbeamten, zumal sie darauf hinwiesen, daß, wenn es bei der Firma Schichau noch nicht zu elementaren Ausbrüchen gekommen sei, es einzig und allein den Gewerkschaften zu danken sei.

Als Herr Direktor Grube merkte, daß er mit diesen Einwänden keinen Eindruck für die Firma herstellen könne, versuchte er nun die Verhandlungen dadurch zu unterbinden, indem er erklärte: "daß die „unternehmerfeindlichen“ (gelben) Arbeitgebervertreter“ nicht zu dieser Verhandlung eingezogen seien, jedoch die unternehmerfeindlichen Arbeitgebervertreter und Organisationsvertreter, zugegen seien.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses erklärte hieraus, daß es ihm unbekannt sei, die Organisationsvertreter zu der Verhandlung zugelassen zu werden. Nun wollte Herr Direktor Grube seinen letzten Trumpf ausspielen und erklärte, daß die Firma Schichau von diesen Forderungen der Arbeiterschaft den kommandierenden General des 17. U.-S. verständigt habe und man müsse dessen Entscheidung doch wohl erwartet. Herrn Grube wurde bedeckt, daß er vor dem Schlichtungsausschuss sei. Auf Befragen erklärten sich die Arbeitgebervertreter bereit, auf einen Vergleich mit der Firma einzugehen. Kollege Galkowski machte im Einverständnis mit den übrigen Vertretern diesen Vorschlag, stand jedoch bei dem Vertreter der Firma Schichau kein Gehör. Da die Firma ablehnte, mußte ein Schiedsspruch gefällt werden.

Im Verlauf der Verhandlungen erklärte der Vertreter der Firma Schichau: "Wenn es Unterschiede im Verdienst der Nordseeschiffarbeiter und den Arbeitern seiner Firma gäbe, so komme es auch daher, daß der westliche Arbeiter besser Arbeit liefere als der östliche." Ein solchen Vorwurf konnten sich die Arbeiter der Firma Schichau nicht gefallen lassen. Wer kann seit mehr als zehn Jahren die solzen Kriegsschiffe, die der Schreden Englands sind? Sind es nicht die östlichen Arbeiter, die sich dieser ehrenvollen Arbeit rühmen dürfen?

Nach einer Beratung vom zweitenhalb Stunden fällte der Schlichtungsausschuss folgenden Schiedsspruch:

1. Alle bisherigen Lohnabläufe sind in Stundenlöhne umzurechnen.
2. Sämtlichen Arbeiterinnen ist eine Zulage von 10 Pf. zu gewähren.
3. Die gegenwärtig gültigen prozentualen Lohnzulagen gelten in Zukunft auch für die erhöhten Stundenlöhne.
4. Bei Stoffflorben ist der Unternehmenswert des verbrauchten Stoffpreis bei Beginn der Arbeit durch Arbeitszeit belastzt zu geben.
5. Sämtlichen vor gegen Stundenlohn beschäftigten Arbeitern ist eine Sozialzulage für die Stunde von 20 Pf. für die Erwachsenen und 10 Pf. für die Jugendlichen zu gewähren.
6. Die gegenwärtig gezahlte Rentenversorgung ist sämtlichen Arbeitern, auch den Beamten, Abteilungsleitern und Angestellten ebenso gleichmäßig zu zahlen.

Außerdem ist für doppelten Wohnsitz die Familienzulage von 2 Mark für den Tag allen Seniorenbürgern oder Abteilungsleitern mit doppeltem Wohnsitz zu gewähren.

Die Umrechnung der Wochentypen in Stundenlöhne hat spätestens bis zum 15. Dezember zu erfolgen.

Die Beteiligten haben bis zum 7. Dezember bis 12. Uhr zu erläutern, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen.

Am 23. November abgehaltenen gemeinsamen Betriebsratssammlung erklärte Kollege Galkowski als Richterputz, den Kollegen die Erneuerung des Schiedsspruchs mit der Bedingung, daß die Betriebsratssammlung der Betriebsversammlung am 24. November ebenfalls die Annahme dieses Schiedsspruchs empfehlen sollte.

Einfühlung erklärten die Betriebsratssammler, daß sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Dieses Rechtshilf wurde auch in der Betriebsversammlung am 24. November erzielt. Gegen den späteren Bericht des Herrn Direktor Grube bei der Betriebsversammlung wehrte sich die Richter durch die Annahme folgender Einspruch:

Die am 24. 11. 17 im Laufe des Schiedsspruchs beigelegte, überprüfte öffentliche Betriebsversammlung der Arbeitgeber der Firma A. Schichau, Seeschildwerft in Danzig, welche Kenntnis nimmt von dem Recht der Betriebsversammlungen vor dem Schlichtungsausschuss zu Sätzen der Schiedsspruch, wenn die vom Vertreter der Firma geäußerte Meinung über angebliche Rücksichtnahmefähigkeit der Betriebsratssammlungen zurück steht. Wenn die Firma Schichau nicht so leistungsfähig sei, wie andere deutsche

Betriebsverfassungen, so liegt das in erster Linie an der niedrigen Entlohnung der Arbeiter und an den nicht ganz auf der Höhe der Zeit stehenden Einrichtungen des Betriebes."

Ferner konnte der Arbeiterschaft der Firma Schichau mitgeteilt werden, daß die maßgebenden Behörde sich veranlaßt sahe, der Firma Schichau aufzutragen, innerhalb vier Wochen einen Arbeiterausschuß wählen zu lassen nach den Bestimmungen des Art. 11 des Betriebsvereinigungsgefeches.

So ist bei der Lohnverregung bei der Fa. Schichau ein neuer Erfolg für die Arbeiter und Arbeitnehmer errungen durch die gewerkschaftliche Organisation.

Es gilt jetzt weiter zu arbeiten und das Errangene zu erhalten und weiter auszubauen.

An der Firma wird es liegen, ob sie ebenfalls durch Anerkennung des Schiedsspruches Ruhe in ihrem Betriebe haben will, oder nicht.

Datum Kollegen: Augen auf!

Gelsenkirchen. Wenn unsere Leute von der Ortsverwaltung getroffenen Veranstaltungen einen zu stören scheinen, was dieses in der am Sonntag, den 2. Dezember, stattgefundenen Konferenz nicht der Fall. Geladen waren die Vorstände, Betriebsräte und Arbeiterausschlagsmitglieder unseres Verbandes. Noch nicht die Hälfte hatte dem an sie ergangenen Ruf Folge geleistet. Dieses muß von vornherein festgestellt und gerichtet werden. Die Verhandlungen in solchen Zusammenkünften sind wichtig, so daß dieselben mehr Beachtung und Teilnahme verdienen. Ist das nicht der Fall, so nutzt es nicht Wunder, wenn einige Kollegen in führender Stellung Zusammenhang und Führung verlieren. Einheitliches Arbeiten kann aber nur den Erfolg sichern.

Zur Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Stand unseres Vorstandes in der Ortsverwaltung Gelsenkirchen 2. Volkskasse und Beitragswesen. 3. Unsere zukünftigen Aufgaben. 4. Aussprache.

Zu Punkt 1. und 2. berichtete Kollege Gillekens. In eingehenden Darlegungen zeigte derselbe ein Bild, das in seiner gesamten Entwicklung ein schönes Zeugnis für den Zustand der Ortsverwaltung ist. In der Mitgliederzahl stehen Schalke und Recklinghausen an der Spitze. Aber schon in der Konferenz hatte Recklinghausen durch Abstimmung von Neuausnahmen Schalke überholt. Feldmark und Hüllsen müssen gewaltige Anstrengungen machen um demgegenüber nicht zu sehr ins Hintertreffen zu kommen. Besonders auch auf die Gewinnung der Jugend müßte Hüllsen größeres Gewicht legen. Dülken hat den Winterhof begonnen und es scheint, daß aus demselben nur ein Etwaachen kommt, wenn es von anderen Ortsgemeinden durch Absonderung von Mitgliedern einen Zustrom kraftvollen Gewerkschaftsleben erhält. Eine Frage, die mit Jahresabschluß zu prüfen ist, bezüglich Sektionsgründungen in Bismarck u. a. Neu einzischen kommt die Ortsverwaltung in Buer, Gladbeck, Dorsten und Marl. Neuland liegt noch vor in Herten, Gladbeck, Westenfeld und Recklinghausen. Wenn auch die Geschäftsmetallarbeiter müssen mehr und mehr in den Rangkreis des Verbandes gezogen werden. In diesen Ausführungen des Kollegen Gillekens lagen schon Aufschlußaufgaben. Es heißt das Gewonne festigen und weitere Ausdehnung nehmen. Zu hören ist der Versammlungsbesuch in den einzelnen Ortsgemeinden. Nichtsdestotrotz setzte die Konferenz fest, daß es nicht am besten im Versammlungsbesuch Schalke Recklinghausen und Hüllsen darum sich hierin noch besser lobend tonnen im Bericht im allgemeinen die praktische Einflussnahme und Abrechnung der Betriebsräte und Kaufleute hervorgehoben werden. Einzelne Betriebsräte Männer, die es hierzu freuen lassen, sind der Konferenz folgend durch geschickte Ansprachen zu erzeigen. Im Zug auf Konferenz der Abrechnung steht Recklinghausen. So kann es aber auch in den anderen Ortsgemeinden sein, wenn Vorsitzender und weiter Kassierer dem Vorsitzende beim Abrechnungsgefecht genügende Unterstützung liefern. In Hand von Gillekens aus den abgeschlossenen 25 Abrechnungen zeigte Reduit Zeile und zu ziehende Aufgabenstellungen für beteiligte Arbeiter und Auszubildende. Das Verantwortungsgefühl und die Stärkung des Verbandes müsse allen Betriebsräten und Kollegen eingeräumt sein. Der bedeutende Mitgliedszuwachs im Monat November beruht mehr auf der Funs als auf der Bettiebsagitation.

In der Abrechnung hat es gefehlt in Geldern und Hüllsen. Renenstadt und Schalke verdienen vorleses So für das an den Tag gelegte Schaffen. Alle die in der Zahl 300 enthalten sind, mögen sich einmal folgende Rücksichtung zu eigner machen. Auf je zwei gesammelte Abrechnungen entfallen mehr als eine Aufnahme. Auf je drei besuchte Abrechnungen zwei Aufnahmen und wenn es zwei Mitarbeiter nicht als zwei Aufnahmen reichen, so ergibt diese bei genügender Abrechnung und 300 Mitarbeiter mindestens 150 Aufnahmen. Das ist die Rücksichtnahme und es kann zum Ende auf diesem Wege des Erfolges weitere Fortschritte zu machen.

Alle, die ihr Funs zur Feierstunde an der Konferenz gegeben hatten, die eingeladen gewesen waren, aber die Durchfahrt einigen wenigen überlassen hatten, trafen mit Freude die Zahl der Konferenz.

Gillekens berichtete sich der Bericht lobend über den Stand der Volkskasse und das Bettiebsgefecht. Gefundene Konferenzierung der Polizeikasse um allen Eventualitäten auf dem Kriege gehoben zu sein, das Geschäftsprinzip ist der einzelnen Beitragsfloschen stellen die Ortsverwaltung vor ausreichendem neuen Aufgaben. Gillekens diesbezüglich kündigte vom Referenten gemacht. Allein die Erweiterung einer Siebziger an die im Herre befindenden Kollegen bezieht mindestens 750 bis 800 Mark. Am Schluß sagte Kollege Gillekens seine Abschätzungen zusammen, indem bestai wurde, daß alle Arbeit und Unterhaltung seien zur Sicherung des Arbeiterschutzes aus Rat und Sicherheit in der Größe zu einer Lebenszeit.

Besitzteller Kollege Gillekens erklärte in trefflicher Weise die Ausführungen des Kollegen Gillekens. Vor allem gab er seiner Freude Ausdruck über den Aufschwung, den Gillekens im Jahre 1917 gezeigt hat. Um allgemeinen Ausschau zu halten er erfuhr mit ihren Angaben und bemerkte, daß die Eingänge der einzelnen Städte und Berufe, der Bevölkerung auf Rücksicht Schießen zeigt, es ebenfalls in den Bereich seiner Ausschau. Das alles gefiel Gillekens sehr und reizte ihn. Nur dann geht es darum in Geschäftlichen und für den gesamten Arbeiterschaft. Beiziehendig bezeichnet die Betriebsräte diese Darlegungen.

In der Aussprache kamen viele Kollegen zu Wort und so gestaltete sich dieselbe sehr anregend. Die Redner erörterten das Für und Wider des Vorgetragenen, unterstrichen aber im allgemeinen die Folgerungen der Berichterstattung. Besonders hinsichtlich der Volkskasse herrschte mit dem Referenten Einklang darin, daß dieselbe allen notwendigen Ansprüchen gerecht werden müsse. So beschloß sich die Konferenz dem Ernst der Sache nicht und brachte dieses zum Ausdruck in der Annahme dahinzielender Anträge, die zur Beschlusseßung der Generalversammlung vorgelegt werden sollen. Mängel und Fehler wurden hingenommen zur Belehrung, aber auch Stolz und Freude kennzeichnete die Stimmung angestiegs der gemachten Fortschritte. Besonders gelobten die Vorstände weitere Tätigkeit im Dienste unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Mögen sie bei den Betriebsräten und Mitgliedern volles Verständnis und hingebende Unterstützung auch im neuen Jahre finden. Mit diesem guten Vorhaben kam die Konferenz nach vierstündiger Tagung zum Schluss. Ihr Gedenk bringe reiche Frucht zum Wohle der christlichen Metallarbeiterchaft.

## Geldeingänge bei der Hauptkasse

### Geldeingänge im November.

Konstanz	230.34	Wiesbaden	250.—
Düren	215.45	Cöln	3500.—
Solingen	1000.—	Mülheim	60.50
Neuburg	901.43	Berlin	400.—
Cheb	123.25	Mülhausen i. E.	8.78
Schaffhausen	12.72	Gmünd	40.36
Stuttgart	522.41	Siegen	793.12
Neuried	600.—	Kiel	200.—
Ebing	867.14	Saarbrücken	1566.80
Antonienhütte	30.—	Menden	1193.78
Danzig	298.57	Oberndorf	360.—
Wism	633.04	Solingen	2000.—
Mülheim-Oberhausen	1026.—	Aboldshausen	28.45
Mettenfurt	1204.85	Füllendorf	4000.—
Waling	85.84	Bonn	300.—
Wübbendorf	269.91	Ingolstadt	10.—
Baunen	377.33	Einingen	46.43
W. Gladbach	82.22	Neuwied	600.—
Daggersheim	761.07	Kirchberg	41.38
Witten	98.61	Halle	150.—
W. Gladbach	244.33	Bredelar	137.—
Wittlich	1000.—	Osmanisch	1500.—
Wittlich	122.57	Danzig	650.—
Mannheim	308.64	Menden	10.—
Öter	187.29	Dresden	28.45
Wasseralfingen	1500.—	Olpe	300.—
Gütersloh	421.10	Peine	52.35
Nürnberg	2502.87	Fleensburg	200.—
Frankfurt a. M.	10.—	Plettenberg	308.—
Solingen	800.33	Mönchengladbach	500.—
Barmen	303.32	Holzgermersheim	43.88
Wübbendorf	43.76	Braunschweig	38.30
Witten	226.—	Worms	128.18
Eschede	105.95	Innsbrück	10.—
Wittlich	115.08	Wertheim	1000.—
Büren	200.40	Freiburg	100.—
Werdohl	980.55	Augsburg	557.98
Stolberg	1377.36	Kreisbrüderhafen	70.39
Karlsruhe	226.21	Krefeld	66.80
Wartstein	250.—	München	912.84
Stromberg	150.—	Eilen	3000.—
Dortmund	1700.—		

## Versammlungs-Kalender

Mittwoch, den 19. Dezember 1917.

Samstag, 6.30 Uhr bei Landsheldt, Referent Kollege Henckel.

Sonntag, den 20. Dezember 1917:

Montag, Abends 8 Uhr bei Bruch, Marienstraße.

Sonntag, den 23. Dezember 1917:

Montag, 11 Uhr bei Tappe, Löhlst. 36,

Montag, 5 Uhr bei Nieders. Marienstraße.

Weihnachten, den 25. Dezember 1917:

Abend, 6 Uhr bei Eversloh, gemischter Abend.

Sonntag, den 30. Dezember 1917:

Montag, 3 Uhr bei Jansen.

Montag, 5 Uhr mit Frauen bei Jansen, Stasseck.

## Gesucht

gewandte, zuverlässige Frauen, insbesondere Kriegerfrauen und Witwen, die sich durch Mitarbeit an unserer Wohlfahrtsanstalt lohnende Nebenerwerb verschaffen wollen. Feste Anstellung nicht ausgeschlossen.

&lt;p